

II-14281 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6881/13

1994-07-11

ANFRAGE

der Abgeordneten Christine Heindl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend: FLAF

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie wurde ein Forschungsbericht zur Problematik des Familienlastenausgleichsfonds erstellt. Dieser Bericht beinhaltet teilweise äußerst kritische Anmerkungen betreffend der Vorgangsweise seitens des Finanzministeriums.

Dies veranlaßt die unterfertigte Abgeordnete zu folgender

ANFRAGE:

1. Wie beurteilen Sie grundsätzlich diesen Bericht und die darin aufgeworfenen Vorgangsweisen Ihres Ministeriums in der Vergangenheit?
2. Wie rechtfertigen Sie die Zunahme der sogenannten "Intergovernmental Transfers", welche 1993 bereits 13,6 % der Gesamtausgaben des FLAF betrug?
3. Wie stehen Sie zu der Aussage dieser Studie, daß es sich beim FLAF in Realität um keine "zweckgebundene Gebarung" mehr handelt?
4. Wie ist Ihre inhaltliche Stellungnahme zu den in der Kurzfassung der Studie aufgezählten sechs wesentlichen Strukturänderungsbereichen:
 - a) -Verringerung der relativen Bedeutung der Familien- und der Geburtenbeihilfe
 - b) -Rückdrängung dieser Leistungen, vor allem durch das rasche Wachstum von Intergovernmental Transfers
 - c) -Neue Aufgaben aus kurzfristiger budgetpolitischer Opportunität
 - d) -FLAF als Puffer für die Finanzpolitik
 - e) -Reduktion der Finanzierungsbasis durch Senkung der Dienstgeberbeiträge
 - f) -Rückläufiger Stellenwert familienrelevanter Ausgaben in der Gesellschaft
5. Wie stehen Sie zu der Aussage der Studie, daß es sich bei verschiedenen Maßnahmen der letzten Jahre um Verlagerungen von budgetären Schwierigkeiten in den Familienlastenausgleichsfonds handelt?

6. Unterstützen Sie die Forderung, daß eine grundsätzliche Definition der Aufgabenbereiche des FLAF einmal zu erfolgen hat und in der Folge nicht durch finanzpolitischen Bedarf umdefiniert werden soll? Wenn ja, wie stellen Sie sich deren Realisierung vor, wenn nein, warum nicht?
7. Unterstützen Sie die Forderung der Bundeswirtschaftskammer von der Fondsfinanzierung mittels Dienstnehmerbeiträge abzuweichen und durch einen Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer zu ersetzen? Wenn ja, mit welcher Begründung, wenn nein welche Finanzierungsmodalität sehen Sie für die Zukunft als realistisch an?
8. Gibt es bereits Berechnungen wie hoch ein solcher Zuschlag sein müßte?
9. Unterstützen Sie den Vorschlag der Bundeswirtschaftskammer, Transferleistungen wie die Kinderbeihilfe zu besteuern?
10. Bis wann muß Ihrer Meinung nach eine Reorganisation des FLAFs, sowie seiner Einnahmen- und Ausgabenstruktur, angesichts eines heuer zu erwartenden Defizits in der Größenordnung von 5 Milliarden Schilling abgeschlossen sein?